

Empa: Die Verträge sind signiert

THUN Vertreter von Stadt, Kanton und der Empa haben die Verträge zur Sicherung des Empa-Standortes Thun unterzeichnet.

«Die Empa hat einen hohen Stellenwert für Thun.» Dies sagte der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) an der Stadtratssitzung im letzten Februar, bei der das Parlament letztlich einen 1,7-Millionen-Kredit genehmigte. Mit dem Geld sollte der Standort Thun der Eidgenössischen Materialprüfungsanstalt (Empa) bis 2030 gesichert und gleichzeitig ein Ausbau ermöglicht werden. Im März sprach dann auch der Grosse Rat mit 130 zu 0 Stimmen einen Kantonsbeitrag von 10 Millionen Franken für den Empa-Ausbau (wir berichteten). Nun haben die Direktbeteiligten das Vorhaben unter Dach und Fach gebracht. Wie die bernische Volkswirtschaftsdirektion gestern mitteilte, haben Lanz, Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann (SP) sowie Empa-Direktor Gian-Luca Bona «die Standortverpflichtung der Empa in Thun bis zum Jahr 2030 vertraglich geregelt».

Technologie-Campus in Thun

Das Projektvolumen der Empa für die in Thun vorgesehenen Aktivitäten beläuft sich, wie es in der Medienmitteilung weiter heisst, «gemäss gegenwärtiger Planung auf insgesamt rund 18 Millionen Franken, an denen sich der Kanton Bern und die Stadt Thun zusammen mit knapp 10 Millionen Franken über die nächsten acht Jahre beteiligen». Der Standort im Perimeter des Entwicklungsschwerpunkts Thun-Nord solle den «Charakter eines Technologie-Campus» erhalten und eng mit den Aktivitäten des Innovationsparks Biel verknüpft werden. In unmittelbarer Nähe zur Empa sind zudem Flächen und ein Unterstützungsangebot für Start-up-Firmen vorgesehen.

Schliessung verhindert

Die Empa will in Thun den Forschungsbereich Additive Fertigung forcieren. Dazu gehört zum Beispiel die Weiterentwicklung der 3-D-Drucktechnik. Aktuell beschäftigt die Empa in Thun 70 Angestellte. Bevor sie die jüngsten Ausbaupläne bekannt gab, hatte die ETH eine Schliessung des Standorts Thun nicht ausgeschlossen. Daraufhin setzte sich die Stadt zusammen mit der kantonalen Wirtschaftsförderung für den Erhalt der Empa in Thun ein.

pd/gbs

In Kürze

THUN

Pro Senectute lädt zur Fitnesswoche

Ein Team von begeisterten Sportlern der Pro Senectute lädt zur Winterfitnesswoche 2018 an den Achensee in Tirol ein, wie die Organisation in einer Mitteilung schreibt. Das Hotel zur Post in Pertisau bietet modernste Zimmer, Verpflegung und einen grossen SPA-Bereich. Die Loipen, Schneeschuhtrails und Winterwanderwege sind alle in unmittelbarer Nähe. Die Fitnesswoche findet von 14. bis 20. Januar statt. Anmeldeschluss ist der 8. Dezember, Detailauschreibung mit Anmeldetalon gibts unter 033 226 70 70. *egs*

GROSSER RAT SPARDEBATTE

Auf die grosse Zitterpartie folgte die

Zwei Millionen Franken pro Jahr wollte der Regierungsrat bei der Gartenbauschule Hünibach sparen. Doch der Grosse Rat stellte sich gestern gegen die Regierung – und hinter die Schule. Bis weit in bürgerliche Kreise geniesst die Gartenbauschule Kredit.

Die Szene spielt sich gestern Nachmittag im Berner Rathaus fernab von Mikrofonen und TV-Kameras ab: Die grüne Thuner Grossrätin Andrea de Meuron und Marianna Serena, Direktorin der Gartenbauschule Hünibach, fallen sich im Gang hinter der Zuschauertribüne in die Arme. Sie feiern ihren Sieg nach der gewonnenen Schlacht. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler der Gartenbauschule können den Entscheid des Grossen Rates noch nicht richtig fassen, Hilterfingens Gemeindepräsident Gerhard Beindorff (FDP) beobachtet die Szenerie.

«Hart gekämpft»

«Es ist unglaublich, die Freude ist sehr gross», sagt Andrea de Meuron strahlend. «Eine knappe Mehrheit des Grossen Rates anerkennt, dass die Gartenbauschule Hünibach gute Arbeit leistet und kantonal und schweizweit wichtige Ausbildungsplätze anbietet, das Pflänzli wurde heute gestärkt», so die Grossrätin und Initiantin der Motion «Rettet die Gartenbauschule Hünibach!». Deren Direktorin Marianna Serena wirkt erschöpft: «Wir haben hart gekämpft», stellt sie fest. Glücklicherweise habe man aber auf eine «breite Befürworterbasis» zählen können. Die über 35 000 Unterschriften aus Region und Kanton, aber auch aus der restlichen Schweiz für die Erhaltung der Schule sprächen für sich.

«Hinter den Kulissen aktiv»

Und: «Die Unterstützung unseres Anliegens durch den Thuner Stadtpräsidenten Raphael Lanz war sehr wichtig», sagt Serena. Dieser habe den Weg für den Erfolg bis weit in bürgerliche Kreise geebnet. Lanz geniesst still: «Ja, ich war hinter den Kulissen aktiv, und es freut mich, wenn meine Arbeit gewürdigt wird», gibt er zu Protokoll.

Hilterfingens Gemeindepräsident Gerhard Beindorff kritisiert derweil seine Partei: «Die Haltung der FDP-Fraktion zu dieser wichtigen Schule enttäuschte mich», so Beindorff. Nur sehr wenige FDP-Parlamentarier hätten für die Schule gestimmt.

«Licht löschen»

Die Debatte im Berner Rathaus wurde emotional geführt: «Der Regierungsrat will das Licht unseres Leuchtturms löschen», startete Andrea de Meuron. Dies würde das Aus für 50 Arbeitsplätze und 50 integrative Ausbildungsplätze bedeuten. «Schliessen wir die Schule, generieren wir neue Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger», so de Meuron weiter.

Raphael Lanz (SVP) schlug in dieselbe Kerbe: «Die Gartenbauschule bildet junge Menschen aus, die im dualen System keine Chance hätten.» Schliesse man die Schule, drohten Mehrkosten.

«Nicht gerne vorgeschlagen»

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) versuchte vergeblich, den Standpunkt des Regierungsrates zu verdeutlichen: «Ich habe diese Massnahme auch

OTon

«Stimmen wir Nein zur Motion, sind wir hier die Totengräber.»

Ueli Frutiger, BDP Oberhofen

«Die Gartenbauschule ist ein Baum in der Berner Bildungslandschaft, der wertvolle Früchte trägt.»

Ulrich Egger, SP Hünibach

«Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die räumliche Nähe zur Gartenbauschule in dieser Diskussion eine Rolle spielt.»

Hannes Zaugg-Graf, GLP

Uetendorf

«Es geht hier nicht um Bio. Wesentlich ist, dass diese jungen Leute keine anderen Lehrstellen finden.»

Thomas Knutti, SVP

Weissenburg

«Das biodynamische Argument zieht hier nicht, es geht um Zierpflanzen. Für zwei Drittel der FDP ist die Sparmassnahme zumutbar.»

Adrian Haas, FDP Bern

nicht gerne vorgeschlagen, und ohne Spardruck hätten wir darauf verzichtet», so der Regierungspräsident. Aber: Kein anderer Kanton führe wie der Kanton Bern mit Hünibach und Oeschberg zwei Gartenbauvollzeitschulen. «Manchmal muss man halt etwas abbauen», sagte Pulver weiter. Und: Der nächste Erziehungsdirektor müsse dann die zwei Hünibach-Millionen woanders einsparen.

«Das war knapp»

Schliesslich stimmte das Kantonsparlament mit 76 Ja- zu 67 Nein-Stimmen der Planungserklärung zu, welche den Verzicht auf die Streichung des Kantonsbeitrags an die Gartenbauschule Hünibach forderte.

Den Vorstoss «Rettet die Gartenbauschule Hünibach!» überwies das Parlament darauf äusserst knapp: Bei 70 Ja- zu 70 Nein-Stimmen verhalf Ratspräsidentin Ursula Zybach (SP, Spiez) der Motion mit ihrem Stichentscheid zum Durchbruch. Diese fordert unter anderem, dass mit der Gartenbauschule eine neue Leistungsvereinbarung ausgehandelt wird, die einerseits den Fortbestand der Schule sichert und andererseits die Basis für eine Steigerung des Eigenfinanzierungsgrades legt. «Wir wussten zwar, dass es knapp werden würde», sagte Gartenbauschule-Direktorin Marianna Serena, «aber so knapp...»

Stefan Geissbühler



Da waren die Mienen noch skeptisch: Direktorin Marianna Serena (l., stehend) verfolgt mit Schülerinnen und Schülern der

Grosser Rat: Schülertransporte

Spardebatte Gestern verzichtete der Grosse Rat auf etliche Sparmassnahmen. So wälzt er etwa Schülertransportkosten nicht auf die Gemeinden ab.

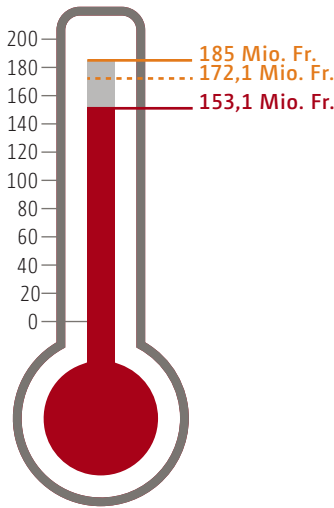
Letzte Woche hielt der Grosse Rat nahezu mit den Sparbeträgen der Regierung mit. Gestern aber wollte er diverse Kürzungen bei der Erziehungsdirektion sowie bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion nicht mittragen. So hinkte er am Ende des vierten Tages der Spardebatte dem Ziel der Regierung um rund 20 Millionen Franken hinterher. Dies, obschon er bei den Fusionsbeiträgen an Gemeinden 700 000 Franken mehr sparen will als die Regierung. Das Parlament folgte dem Argument der Finanzkommission (Fiko), dass es weniger Fusionen geben werde als vorgesehen. Auf diese grösseren Sparbeträge verzichtet der Rat: • 4,5 Millionen Franken bei den Durchführungs- und Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen. Dies, weil die Kosten auf die Gemeinden überwälzt worden wären.

• 4,25 Millionen Franken bei den höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten. Der Grosse Rat verzichtet einstimmig auf diese Sparmassnahme. Bereits die Fiko hatte dies angeregt,

SPARBAROMETER

Tag 4

— Gesamtparziel Regierungsrat
- - - Zwischenziel Regierungsrat
— Effektive Sparsumme



weil die Hebelwirkung bei den Institutionen zu gross gewesen wäre.

• 4,2 Millionen bei den Schülertransportkosten, welche die Gemeinden hätten berappen müssen. Dies verstosse gegen Abmachungen im Finanz- und Lastenausgleich (Filag), fanden sowohl die Fiko als auch das Parlament.

• 2,6 Millionen Franken bei berufsvorbereitenden Schuljahren und Vorlehren. Den Entschluss fällte Grossratspräsidentin Ursula Zybach (SP, Spiez) mit einem Stichentscheid.

• 2,1 Millionen Kürzungen bei den Gartenbauschulen Hünibach und Oeschberg. Hier wehrten sich insbesondere die Oberländer Regionsvertreter für das Angebot in Hünibach (vgl. Artikel oben). Es gibt allerdings zwei Aber: Das BZ Emme muss 300 000 Franken mit strukturellen Anpassungen kompensieren, weil die Floristinnenschule Oeschberg verschont wird. Und mit der Gartenbauschule Hünibach werden neue Verhandlungen aufgenommen.

• 1,25 Millionen Franken bei der Zusatzfinanzierung für höhere Fachschulen. Die Vertreter des Oberlands wehrten sich zudem für die Hotelfachschule